

WIRTSCHAFT IN DER ZEITENWENDE

Ideen und Impulse für eine Maßwirtschaft der Lebensfülle

Tagung am Freitag und Samstag, 18./19.09.2009

Ein zentrales Anliegen des IFIS ist es, zu einem integralen Verständnis von Wirtschaftsvorgängen zu kommen. Den Auftakt hierzu bildete die erste öffentliche Tagung des Instituts mit dem Titel „**Wirtschaft in der Zeitenwende. Ideen und Impulse für eine Maßwirtschaft der Lebensfülle**“ vom 18.-19.9.2009. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung (www.akademie.uni-freiburg.de) an der Universität Freiburg statt. Sie bestand aus einem Podiumsgespräch mit *Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger* (Hochschule Sankt Gallen) und *Dr. Hans-Peter Studer* (IFIS), moderiert von *Peter Winkels* (IFIS), das durch vertiefende Workshops, geleitet von *Dr. Hans-Peter Studer*, *Dr. Jürg Theiler* (FH Nordwestschweiz) und *Dr. Iris Kunze* (Universität Münster) ergänzt wurde.

Das Podiumsgespräch lockte ca. 120 Besucherinnen und Besucher in die Aula der Universität. Nach deren Schlussapplaus sowie den Kommentaren aus dem Publikum zu schließen kann die Veranstaltung als voller Erfolg bezeichnet werden. Ein IFIS-Mitglied dazu:

„... ein langer, brausender Applaus wie nach einem Pop-Konzert – so etwas habe ich bei einer Tagung bisher noch nie erlebt. Es war so, als ob hier zum Ausdruck kam: Endlich spricht mal jemand über die ganze Wahrheit.“

Eine Zusammenstellung von Besucherfeedbacks finden Sie [hier](#).

Zum Inhalt der Veranstaltung:

Eine Metapher mag die aktuelle Situation wie auch die Notwendigkeit dieser Tagung unterstreichen. Das Wirtschaftssystem kann verglichen werden mit einem See, in dem wir alle schwimmen. Das Wasser in diesem See ist in den letzten Jahren zunehmend schal und sogar gefährlich für unsere Gesundheit geworden. Man redet uns ein, dass das normal oder sogar zu unserem Besten sei. Insbesondere die Vertreter der neoliberalen Ideologie sind Meister der Beschwichtigung. Sie reden die immer offensichtlicheren Probleme schön und machen uns weis, die hinter dem Wirtschaftsgeschehen liegenden Zusammenhänge seien so komplex und undurchschaubar, dass sie nur noch von Experten verstehbar und erst recht nicht mehr veränderbar seien.

Wir am IFIS halten die Vorgänge in diesem See für durchaus verstehbar und auch für veränderbar. Es braucht hierzu lediglich ein wenig Einsatz und vor allem die Bereitschaft, sich auf andere Perspektiven einzulassen. Auf dem Weg dahin war unsere Tagung im September 2009 ein wichtiger Mosaikstein.

Im Rahmen von „Wirtschaft in der Zeitenwende“ haben wir das Wirtschaftssystem aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Unter anderem sind wir der Frage nachgegangen, welche Bedürfnisse es befriedigen sollte – und welche es tatsächlich befriedigt. Wir haben uns



mit den kulturellen Hintergründen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und den ihr zugrunde liegenden Wertvorstellungen beschäftigt, sowie mit den Denk- und Verhaltensmustern, die sie tragen bzw. aus ihr hervorgehen. Es ging um Konsum und bewusstere Formen davon, um Einkommensverhältnisse, Regionalwährungen und Steuersysteme, um intentionale Gemeinschaften und deren alternative Wirtschaftsformen, um das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Natur und Wirtschaft sowie die

Zusammenhänge zwischen all diesen Aspekten. Im Zentrum standen dabei insbesondere die Themen Geld, Geldsystem und Geldschöpfung und die damit verbundenen systemischen Mechanismen und Zwänge, sowie schließlich die Frage, wie einige der scheinbar alternativen Logiken unseres heutigen Wirtschaftssystems zugunsten einer lebensdienlicheren Wirtschaftsweise durchbrochen werden könnten.

Gleichwohl können diese Mosaiksteine noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Eine weitergehende Analyse, die auch die Evolution des Lebensbereichs Wirtschaft mit einbezieht, steht noch aus. Weitere Veranstaltungen sollen daher dazu beitragen, das Bild zu vervollständigen.

Im Folgenden lesen Sie ein Résumé des Podiumsgesprächs von Freitag, 18.09.2009

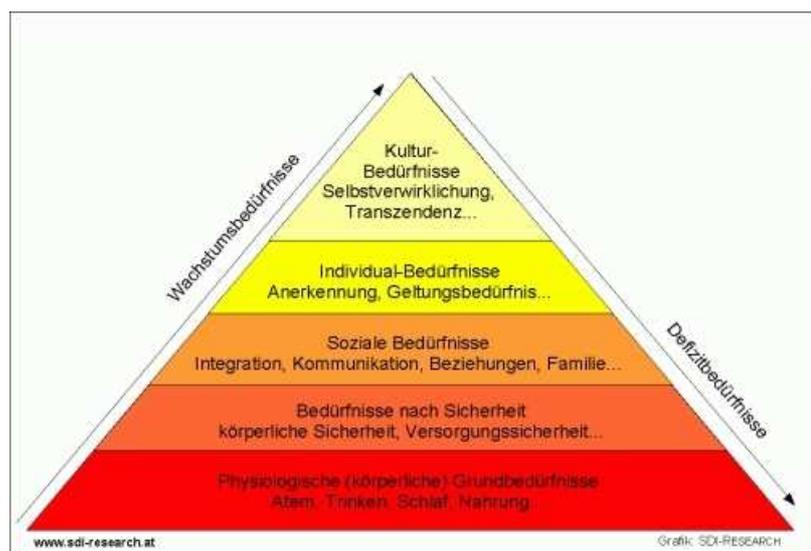
Außerdem fließen in die Zusammenfassung einige Ergebnisse der IFIS-Klausurtagung mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger ein.

Wirtschaft und Bedürfnisse

Hans-Peter Studer eröffnete das Podiumsgespräch mit der Frage, inwieweit das aktuelle kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt noch in der Lage ist, seiner eigentlichen Aufgabe nachzukommen, nämlich derjenigen, grundlegende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen.

Zum Einstieg in das Thema bezog er sich auf die 1943 von dem US-amerikanischen Psychologen Abraham Mas-

low entwickelte Bedürfnispyramide, die seither vielfach verwendet und weiterentwickelt wurde. Darin unterscheidet Maslow fünf qualitativ verschiedene Bedürfnisbereiche, wobei er



Maslowsche Bedürfnispyramide

davon ausgeht, dass der Mensch in der Regel versucht, zunächst die Bedürfnisse der untersten Ebene zu befriedigen, also die physiologischen Grundbedürfnisse (Atmen Trinken, Schlaf und Nahrung). Wenn das subjektiv gelungen ist, treten die Bedürfnisse der nächsthöheren Ebene in den Vordergrund, die Sorge um Sicherheit im körperlichen und weiteren Sinn. Dasselbe spielt sich beim Übergang zu jeder weiteren (höheren) Stufe der Bedürfnisentwicklung ab. Maslow zufolge müssen die Bedürfnisse der unteren Ebenen subjektiv befriedigt sein, bevor die höheren Bedürfnisarten, also individuelle Lebensgestaltung, Selbstverwirklichung und Transzendenz in den Fokus des Bewusstseins gelangen.

Vor dem Hintergrund dieses Modells gesprochen werden durch das kapitalistische Wirtschaftssystem vor allem die Bedürfnisse der ersten Ebene abgedeckt – und zwar in einem so hohen Maße, dass viele Menschen versuchen, auch die nächst höheren Bedürfnisstufen mit materiellen Mitteln zu befriedigen: Das Geschäft mit Versicherungen und Alarmanlagen blüht, und auch die Befriedigung sozialer Bedürfnisse begrenzt sich vermehrt darauf, sie sich entweder direkt zu erkaufen oder soziale Anerkennung über den Besitz und die Zurschaustellung von materiellen Statussymbolen zu gewinnen. Diese Ersatzbefriedigungen führen uns zunehmend in eine Sinnleere und machen uns gleichzeitig abhängig vom Immer-Noch-Mehr im materiellen Sinn. Damit laufen wir freilich Gefahr, darob unsere höchsten und wichtigsten Bedürfnisebenen zu vernachlässigen. Die Bedürfnisse nach einer individuellen Lebensgestaltung, nach Selbstverwirklichung und Selbsttranszendenz drohen dauerhaft in den Hintergrund oder sogar ganz aus dem Fokus des Bewusstseins gedrängt zu werden und damit als Quelle von Lebenssinn und immaterieller Zufriedenheit zu verkümmern.

Die systemischen Logiken der heutigen Wirtschaftsweise

Für unser heutiges Wirtschaftssystem ist diese Entwicklung sinnvoll und zweckmäßig, denn es ist dringend darauf angewiesen, dass wir mehr konsumieren. So wie es heute ausgestaltet ist, würde es zusammenbrechen, wenn der Konsum auf Dauer stagnieren oder sogar zurückgehen würde.



Der Wachstumszwang, den wir uns durch unser Wirtschaftssystem auferlegen, führt zu einer paradoxen Situation. Zum einen können die Bedürfnisse auf allen Ebenen der Bedürfnispyramide zumindest teilweise in geldwerte Angebote und Dienstleistungen¹ umgewandelt werden, was ein großes Wachstumspotenzial verspricht. Zum anderen hat der Zwang zu wachsen und möglichst hohe Gewinnerwartungen zu wecken, bei den Unternehmungen zu massiven Einspar- und

Rationalisierungsmaßnahmen geführt und damit die Einkommensschere in den letzten dreißig Jahren massiv auseinanderdriften lassen. Somit können sich breite Bevölkerungskreise Angebote und Dienstleistungen, die die höheren Bedürfnisebenen ansprechen, gar nicht

¹ Inwieweit das überhaupt wünschenswert ist, ist eine wichtige aber kaum beachtete Frage. Spirituelles Wachstum und die Entfaltung kultureller Bedürfnisse beispielsweise braucht eine Freiheit und Unabhängigkeit, die in geldwerten Angeboten und Dienstleistungen häufig nicht mehr zu finden ist.

mehr leisten. Der Zwang zum Wirtschaftswachstum erweist sich also als ein wesentlicher Faktor, der das Wachstum im inneren Bereich, sei es individuell oder kollektiv, blockiert oder sogar verhindert.

Warum steht wirtschaftliches Wachstum so sehr im Mittelpunkt unserer Kultur? Warum lässt der Gedanke an wirtschaftliches Wachstum Politiker Augen glänzen und voller Hoffnung verkünden, dass Wachstum, natürlich nur das wirtschaftliche Wachstum, alle Probleme lösen wird, vom Schuldenberg, der durch die Finanzkrise entstanden ist, bis hin zu den immensen Problemen der so genannten Entwicklungsländer?

Auf diese Fragen ging Hans Christoph Binswanger in unserem Podiumsgespräch genauer ein. Er führte aus, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem ohne Wachstum tatsächlich nicht funktioniert. Aus seinen Forschungen ergibt sich, dass eine Wirtschaft in eine Wachstumsspirale geraten kann, aus der sie nicht mehr aussteigen kann, es sei denn, sie änderte ihre Struktur und ihr Selbstverständnis grundlegend.

Was aber lässt eine Gesellschaft überhaupt in die Wachstumsspirale eintreten?² Vermutlich stand am Anfang die Idee der Mehrwertproduktion. Der Gedanke also, dass es nicht mehr ausreicht, mehr zu erwirtschaften (z.B. ein „Mehr“ an Wein, einem Parfüm, einem Stoff von ausgezeichneter Qualität oder Weiterem herstellen zu können), sondern dass es zukünftig vorrangig darum gehe, das erwirtschaftete „Mehr“ dazu einzusetzen, noch „Mehr“ zu produzieren. Im Ergebnis eines Arbeitsprozesses entstand ein Arbeitsprodukt, dessen Wert nunmehr überwiegend daran bemessen wurde, ob und wie sehr aus ihnen *noch mehr Wert erzielt werden konnte*. Daher ist der Begriff „Mehrwert“ zum Verständnis der kapitalistischen Wirtschaftsform so wichtig.

Hat sich das Denken einmal auf diese Wahrnehmung der (Wirtschafts-)Welt festgelegt und ist dieses Denken zum Gemeingut des gesellschaftlichen Bewusstseins geworden, so beginnt sich die Wachstumsspirale zu drehen – der Hamster betritt sein Laufrad!

Aus diesem Denken allein ergibt sich jedoch der Zwang zu wachsen noch nicht. Dieser erwächst erst aus der strukturellen Etablierung dieser Denkweise im Laufe des 18. Jahrhunderts, wie sie in dem von Hans Christoph Binswanger erläuterten Wechselspiel von (1.) Banken und Geldgebern, (2.) Firmen und (3.) Verbrauchern erfolgte.



Geschäftsbanken stellen Firmen, vor allem Aktiengesellschaften, GmbHs und Kommanditgesellschaften, Geld (in Form von Krediten oder durch Emission von Aktien) zur Verfügung, um daraus mehr Geld zu machen. Die Geschäftsbanken haben ihr Geld letztlich auf vielen Umwegen irgendwann von einer Zentralbank erhalten, beispielsweise Euros von der Europäische Zentralbank oder Dollar vom FED. Schon die Zentralbanken stellen ihr Geld indessen nur gegen Zinsen zur Verfügung. Allein daher sind Geschäftsbanken gezwungen, das Geld gegen Zinsen weiterzugeben. Für die Geschäftsbanken kommen zum Zinssatz der Zentralbank noch ein eigener Risikozuschlag und eine eigene Gewinnbeteiligung hinzu. Somit ergibt sich also – scheinbar selbstverständlich – ein Zins als Aufschlag auf das zu verleihende Geld. Zudem schöpfen die Geschäftsbanken über das Zentralbankgeld hinaus selbst in erheblichem Aus-

² Die folgenden Überlegungen lehnen sich wesentlich an das Buch „Die Wachstumsspirale“, Metropolis Verlag, Marburg, 3. A. 2009, und das Buch „Vorwärts zur Mässigung“, Murmann Verlag, Hamburg 2009, an.

maß Buchgeld in Form von Krediten, die sie ebenfalls gegen Zinsen gewähren. Beides trägt dazu bei, dass Firmen nur unter der Vorgabe Kredite erhalten, aus dem geliehenen Geld mehr Geld zu machen, es also mit Zinsen zurückzuzahlen. Können sie das nicht in Aussicht stellen, bekommen sie keine Kredite – so einfach ist das „Spiel“.

Ähnlich ist die Situation, wenn Firmen auf den Kapitalmärkten Geld erhalten. Auch die Kapitalmärkte geben nur an diejenigen Firmen Geld, die mehr oder weniger plausibel ein Wachstum des Firmengewinns in Aussicht stellen können.

Für Firmen reicht es also nicht aus, ihre Produktion stabil zu halten, um Geld für die notwendige Instandhaltung der Produktionsanlagen zu erwirtschaften. Vielmehr stehen sie ständig unter dem Druck, immer wieder die Produktion zu erhöhen – und mitunter immer wieder neue Produkte zu entwerfen, für die unter Umständen (noch) gar kein Bedarf besteht – und häufig fraglich ist, ob dieser Bedarf überhaupt je „geschaffen“ werden kann. Dafür müssen sie wiederum neue Kredite aufnehmen. Nur durch eine solche Ausweitung der Kredit- und Geldschöpfung lassen sich auch die Unternehmungsgewinne erwirtschaften, aus denen die Zinsen bezahlt und Reingewinne der Kapitalgeber erzielt werden können.

Hans Christoph Binswanger errechnet in seinem Buch „Die Wachstumsspirale“ aufgrund plausibler Annahmen, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein minimales Wirtschaftswachstum von 1,8 % wohl unabdingbar ist.

Das Wachstum lässt sich jedoch minimieren durch eine maximale Begrenzung der im Finanzierungskreislauf anfallenden Kosten, also Zinsen, Risikozuschläge und Gewinnbeteiligungen. Risikozuschläge und Gewinnbeteiligungen sind Binswanger zufolge aus Sicht der Geldgeber ein durchaus berechtigter Ausgleich für das Risiko, das sie einzugehen bereit sind, indem sie ihr Geld zur Verfügung stellen. Ein Wachstum von mindestens 1 % hält Binswanger daher für unabdingbar. Dies bedeutet eine Verdoppelung des Bruttosozialprodukts (Welt) ca. alle 70 Jahre. Das scheint ein langer Zeitraum zu sein, deutet jedoch auch an, wie wenig wir es noch gewohnt sind, die Auswirkungen unserer Handlungen über längere Zeiträume und Epochen hinweg mit in unsere Überlegungen einzubeziehen.

Anhand dieses Zusammenhangs wird auch ersichtlich, warum es unter den gegebenen Systembedingungen nicht möglich ist, flächendeckend aus der Wachstumsspirale auszusteigen.

Würden die Unternehmen durchgängig ein Nullwachstum realisieren, so fehlte ihnen das Geld, um die Zusatzforderung zumindest des Risikoausgleichs zu befriedigen. Die Banken würden durch ihre Zinsforderungen auf diese Weise irgendwann den Bankrott des Unternehmens erzwingen. Geldgeber auf dem Kapitalmarkt würden sich andere Unternehmen suchen, vielleicht im Ausland, die weiterhin bereit wären, Gewinne zu versprechen und fähig, diese auch zu realisieren.



Die magische Qualität der Geldschöpfung in der Wachstumsspirale

In diesem System muss auch das Geld immer mehr werden, um mit dem Wachstum Schritt zu halten. Ein zentrales Problem ist in diesem Zusammenhang die Geldschöpfung.

Hans Christoph Binswanger hat in „Geld und Magie“ auf die magische Qualität der Geldschöpfung hingewiesen: Der Geldwert ist ein ideeller Wert. Er wird aus dem Nichts geschöpft, seine Schöpfung erfolgt per Handstreich und nahezu ohne Aufwand. Nicht zuletzt deswegen ist auch in diesem Vorgang der Drang nach immer mehr angelegt – zum Beispiel in Form der Verlockung, (Staats-)Schulden durch das Schöpfen von noch mehr Geld zu „beseitigen“.

Auch wenn dieser – hier nur knapp skizzierte – Zusammenhang die wirtschaftlichen Prozesse in ihrer Komplexität nicht vollständig abbilden kann und will, so beschreibt er doch die wichtigsten, ihnen zugrunde liegenden Dynamiken.

Ideen zur Begrenzung des Wachstumszwangs der Geld-Wirtschaft (Kapital-ismus)

Die negativen Folgen und die inneren Widersprüche eines Systems, das auf kontinuierliches Wirtschaftswachstum zur Lösung nahezu aller seiner Probleme setzt, werden vor allem im sozialen und ökologischen Bereich immer offensichtlicher. Was also tun? Welche Möglichkeiten bieten sich uns in dieser Situation?

Da nach Ansicht von Hans Christoph Binswanger ein geringes Wachstum unabdingbar ist, zielen seine Vorschläge darauf ab, das geringste mögliche Wachstum zu realisieren, Wachstum also zu minimieren. Dazu macht er folgende Vorschläge:

- **100 % Deckung des Bankgeldes durch Zentralbankgeld**
Ausgangspunkt müsse eine Reform des Geldsystems sein. Dies könnte auf der Idee des 100%-Geldes von Irving Fisher, des bedeutendsten amerikanischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, aufbauen, die er nach der Krise von 1929 entwickelt hat (vgl. Irving Fisher, 100%-Money, und Joseph Huber/James Robertson, Geldschöpfung in öffentlicher Hand).
- **Die Zentralbank gibt das von ihr geschöpfte Geld zinsfrei weiter**
Durch diese Regelung würde der Wachstumsdruck auf die Unternehmen (über die Geschäftsbanken), vor allem aber der indirekte Wachstumsdruck auf den Staat reduziert.
- **Reform der Aktiengesellschaft**
Die Reform des Geldsystems muss Binswanger zufolge durch eine Reform des Aktienrechts ergänzt werden, um die Überdimensionierung des Wachstums zu begrenzen. Aktiengesellschaften sind eine Kreation des Staates. Daher haben die Eigentumsrechte der Aktionäre nur bedingten Charakter – bedingt durch die Gesetzgebung des Staates. Es besteht somit im Grundsatz auch die Möglichkeit, durch Änderung der Gesetzgebung deren Inhalt zu verändern. Dazu sollte – dies ist sein Vorschlag – die (Wieder-)Aufteilung der Aktiven in Namensaktien und Inhaberaktien gehören. Die Namensaktien hätten wie bisher eine unbeschränkte Laufzeit, würden aber nicht mehr an der Börse gehandelt.
- **Sperrfristen und Rückzahlung des in Aktiengesellschaften investierten Geldes nach einer Laufzeit von 20-30 Jahren.**
Der ausserbörsliche Handel würde zudem durch eine Sperrfrist von drei Jahren eingeschränkt. Die Inhaberaktien würden weiterhin an der Börse gehandelt, hätten aber nur ei-

ne Laufzeit von 20 oder 30 Jahren, mit Rückzahlung des Nennbetrags nach Ende der Laufzeit. Sinn einer solchen Regelung wäre es, die Ausschläge der Aktienwerte nach oben und nach unten zu begrenzen und durch eine solche Einschränkung die Spekulation mit Aktien wirksam zu reduzieren. Aktien würden dann nicht mehr gekauft, um auf ihren steigenden Wert zu spekulieren, sondern tatsächlich, um dem Aktien ausgebenden Unternehmen Geld zukommen zu lassen und vom Gewinn dieses Unternehmens zu profitieren. Das würde wieder dem ursprünglichen Sinn von Aktien entsprechen. Hierdurch könnte zugleich auch der Wachstumsdrang, die damit verbundene Tendenz zum Ressourcen- und Umweltverbrauch und die eindimensionale Ausrichtung auf Geldwerte begrenzt werden.

- **Qualitatives und ressourcenschonendes, im besten Falle sogar ressourcenneutrales Wachstum** ist unabdingbar, um das Wirtschaftswachstum zu minimieren.

Dazu gehören verschiedene Massnahmen, die den Ressourcenverbrauch direkt begrenzen oder verteuern, insbesondere durch eine ökologische Steuerreform.

Ideen für eine nachhaltige Maßwirtschaft der Lebensfülle

Hans-Peter Studer ergänzte diesen Katalog um weitere Vorschläge. Studers vorrangiges Anliegen ist die Suche nach Bedingungen und Grundlagen einer *Maßwirtschaft der Lebensfülle*, verstanden als eine intelligente Form des Maß-Haltens. Dabei geht er davon aus, dass die Orientierung am „rechten Maß“ eine Zunahme sowohl der eigenen als auch der gemeinsam erlebten Lebensfülle mit sich brächte.

Lebensfülle lässt sich für Studer angemessen mit Hilfe des fernöstlichen Konzepts des „Dharma“ verstehen. Dieses geht davon aus, dass jeder Mensch mit einem vorskizzierten Lebensweg oder einer Lebensaufgabe in die materielle Welt eintritt. Gelingt es ihm oder ihr, sich dieser Aufgabe bewusst zu werden und sie in dieser Welt zu realisieren, betritt er oder sie einen Weg, der eine zunehmende Lebensfülle mit sich bringt.

Wie kann nun eine Wirtschaftsordnung gestaltet werden, die die Entfaltung des jeweils individuellen Lebensweges zum Ziel hat? Die Eckpunkte einer solchen Wirtschaftsform formuliert Studer unter anderem in folgenden Vorschlägen, die er als strukturelle Orientierungspunkte auf dem Weg zu einer *Maßwirtschaft der Lebensfülle* verstanden wissen will.

- **Einführung eines Grundeinkommens**

Das Grundeinkommen wäre eine unbürokratische Existenzsicherung und könnte beispielsweise als negative Einkommenssteuer ausgeführt werden. Es käme einer Umkehrung unseres bisherigen Verständnisses von Arbeit gleich. Das Leben wäre nicht mehr auf die Arbeit als Überlebensbasis bezogen, sondern das Grundeinkommen wäre eine Existenzsicherung, die uns viel eher die Arbeit tun lässt, die wir tun wollen oder „tun müssen“.

Das Grundeinkommen könnte das heutige Rentensystem schrittweise ablösen. Die „Notwendigkeit“ einer kapitalgebundenen Rentenabsicherung, die heute massiv propagiert wird und z.B. durch die sog. Riester-Rente schon institutionalisiert wurde, würde dann entfallen und damit auch die mit ihr verbundene massive Wachstumsforderung der Pensionsfonds und anderer Fondsgesellschaften an den Kapitalmarkt.

- **Einführung einer Obergrenze für die Einkommen natürlicher Personen und für die Gewinne von juristischen Personen (v.a. Unternehmen).**

Zweckmäßigerweise könnte eine Obergrenze für das Einkommen natürlicher Personen das Siebenfache des Grundeinkommens und für juristischen Personen das 150fache betragen. Das sind jedoch lediglich Vorschläge für einen Einstieg in die Diskussion. Die Festlegung dieser Grenzen unterläge selbstverständlich einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess.

Übersteigt das Einkommen der Person oder der Gewinn des Unternehmens diese Grenzen, gäbe es mehrere Möglichkeiten: der Überfluss könnte an diejenigen verschenkt werden, die ihn nötig haben; er könnte an Institutionen weitergegeben werden, die der Allgemeinheit zugute kommende Projekte durchführen oder er ginge als zusätzliche Einkommens- oder Gewinnsteuer direkt an die Allgemeinheit, den Staat.

- **Förderung von Genossenschaften und Einführung anderer wirtschaftlicher Organisationsformen, die nicht oder kaum auf Wachstum angewiesen sind.**

Unternehmen wie GmbHs oder Aktiengesellschaften stehen immer unter dem Druck, in die Zukunft hinein zu produzieren, um ihre Kredite samt Zinsen zu bedienen oder die Renditeanforderungen von Geldgebern zu befriedigen (s.o.).

Im Gegensatz dazu finanzieren sich Genossenschaften durch die Anteilsscheine einer Vielzahl von Mitgliedern, die nicht auf das Wachstum der Organisation spekulieren. Hier ist der Wachstumszwang durch eine Breitenfinanzierung stark abgeschwächt oder sogar auf Null reduziert. Eine Gesellschaft, die auf das Genossenschaftsprinzip setzt, hat daher ganz andere Möglichkeiten, das minimal erforderliche Wachstum weiter zu reduzieren oder sich dem Wachstumszwang sogar ganz zu entziehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang noch die Frage, wie und durch welche Finanzierung Genossenschaften oder andere Organisationsformen Forschung und Neuentwicklung voran bringen können, ohne bei der Finanzierung dieser Forschung wieder in die Wachstumsspirale zu geraten.

Alle diese Vorschläge sind strukturelle Vorschläge, also Vorschläge, die in Form von Gesetzen festgeschrieben werden müssten, um wirksam werden zu können. Dem Neuentwurf von Gesetzen von dieser Tragweite geht immer ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess voraus, der ohne einen individuellen und kollektiven Bewusstseinswandel nicht denkbar ist.

Hierzu einen Beitrag zu leisten, war das Anliegen unserer Auftakt-Veranstaltung „Wirtschaft in der Zeitenwende“ im September.

Wir wissen, dass wir in diesem Prozess erst am Anfang stehen. Die Themen der Veranstaltung wurden etwa auch in den achtziger Jahren schon diskutiert, traten dann aber in dem Hintergrund angesichts der mit Spekulationsexzessen an den Börsen verbundenen neu entfachten Wachstumseuphorie. Dann platzte zuerst die Internetblase, dann die Immobilienblase in den USA. Wir sind gespannt, ob es noch weiterer Krisen bedarf oder ob jetzt die Zeit gekommen ist, um in einen aus unserer Sicht notwendigen und unabdingbaren gesellschaftlichen Umdenk- und Wandlungsprozess einzusteigen.

Text: Peter Winkels

Redaktion: Elke Fein, Hans-Peter Studer